

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 20.07.2011, 17:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 3 . Änderungsantrag zum Haushalt 2011 und zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Geilenkirchen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 490/2011
- 4 . Vorlage und Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 481/2011
- 5 . Vorlage und Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Geilenkirchen für den Zeitraum 2011 bis 2019
Vorlage: 482/2011
- 6 . Einzelhandelskonzept der Stadt Geilenkirchen

Beschluss des Einzelhandelskonzeptes als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB
Vorlage: 462/2011
- 7 . Änderung der Bebauungspläne für die Gewerbegebiete Niederheid, Selka und Fürthenrode

Geltungsbereiche: Gewerbegebiete in der Ortslage Niederheid, zwischen B 221 und Landstraße

3.1. Beratung über die während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

3.2. Verabschiedung der Bebauungspläne als Satzung
 - a.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30,
 - b.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42,
 - c.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65,
 - d.2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69,
 - e.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86,
 - f. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88,

g.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96
Vorlage: 463/2011

8 . 59. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen

Geltungsbereich: Fläche in südwestlicher Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, südwestlich der Sittarder Straße / Karl-Arnold-Straße (B 56 alt) und östlich der Umgehungsstraße (B 221/B 56 neu)

Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

Verabschiedung des Planentwurfes und der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen zur Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 460/2011

9 . Bebauungsplan Nr. 106 der Stadt Geilenkirchen

Geltungsbereich: Fläche in südwestlicher Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, südwestlich der Sittarder Straße / Karl-Arnold-Straße (B 56 alt) und östlich der Umgehungsstraße (B 221/B 56 neu)

Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

Verabschiedung des Planentwurfes und der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen zur Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 461/2011

10 . Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86

Vorlage: 433/2011

11 . 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen

Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen, zwischen den Straßen Am Weinberg, Scheidehecke und Prof.-Max-Wilms-Straße

Einleitung des Bauleitplanverfahrens (vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB)

Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage und zur Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Vorlage: 451/2011

12 . Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB für die Errichtung einer Biogasanlage; Genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 4 BImSchG

Vorlage: 397/2011

13 . Ergänzungssatzung der Stadt Geilenkirchen "Lindern, Winkelstraße"

Geltungsbereich: Fläche im Ortsteil Lindern, Winkelstraße
Beratung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Ergänzungssatzung
Vorlage: 456/2011

- 14 . Anfrage der Bundesanstalt für Immobilien zur Baureifmachung eines Grundstückes
Grundstück längs des Richtweges, Außenbereich zwischen Geltungsbereich der Klarstellungssatzung Niederheid und der Selfkantkaserne
Vorlage: 457/2011
- 15 . Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über das Friedhofs- und Bestattungswesen
Vorlage: 483/2011
- 16 . Nochmalige Beratung und Beschlussvorschlag über die Sanierung bzw. den Abbau der Wirtschaftswegebücke an der DB-Strecke bei Müllendorf
Vorlage: 441/2011
- 17 . Benennung eines landwirtschaftlichen Betriebsgrundstückes
Vorlage: 448/2011
- 18 . Auswahl der Straßenbäume für den II. Bauabschnitt der Konrad-Adenauer-Straße der Konrad-Adenauer-Straße
Vorlage: 491/2011
- 19 . Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Immendorf
Vorlage: 322/2010
- 20 . Beratung über die Bestellung eines/einer Seniorenvertreters/-vertreterin im Ausschuss für Bildung und Soziales
Vorlage: 485/2011
- 21 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beauftragung einer externen Kommunalberatung
- 22 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 23 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales

3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Toska Frohn
11. Johann Graf
12. Theresia Hensen
13. Dipl. Ing. Johannes Henßen
14. Horst-Eberhard Hoffmann
15. Rainer Jansen
16. Gabriele Kals-Deußen
17. Michael Kappes
18. Dipl. Ing. Stefan Kassel
19. Wilfried Kleinen
20. Heinz Kohnen
21. Christian Kravanja
22. Leonhard Kuhn
23. Gerd Latour
24. Markus Melchers
25. Manfred Mingers
26. Uwe Neudeck
27. Hans-Josef Paulus
28. Manfred Schumacher
29. Barbara Slupik
30. Manfred Solenski
31. Kurt Sybertz ab TOP 3
32. Raimund Tartler bis TOP 2
33. Ruth Thelen
34. Marlis Tings
35. Dipl.-Ing. Harald Volles
36. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

37. I. Beigeordneter Hans Hausmann
38. Beigeordneter Herbert Brunen
39. Heinrich Gemünd
40. Alexander Jansen
41. Peter Klee

Protokollführerin

42. Tina Offermanns

Es fehlten:

43. Dr. Stefan Evertz
44. Karin Hoffmann
45. Dr. Joachim Möhring

Bürgermeister Fiedler begrüßte die Anwesenden herzlich zur letzten Sitzung vor der Sommerpause. Er entschuldigte die Stadtverordneten Karin Hoffmann, Dr. Evertz und Dr. Möhring, die an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen könnten. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest und teilte mit, dass es eine Beanstandung des Protokolls der Sitzung vom 25.05.2011 gebe.

Stadtverordneter Hoffmann habe die letzte Niederschrift dahingehend beanstandet, dass von Seiten der SPD zwei Vorschläge gekommen seien, nämlich zum einen „ein Süppchen“ anzubieten und die Landpartie jährlich stattfinden zu lassen und zum anderen ein freies Catering anzubieten, bei dem ein Cateringunternehmen auf eigenes Risiko Speisen zum Verkauf anbieten würde. Bürgermeister Fiedler entschuldigte sich für den Begriff „ein Süppchen“. Es sei nicht seine Absicht gewesen, den Vorschlag der SPD-Fraktion ironisch zu bewerten.

Außerdem beantragte Bürgermeister Fiedler die Ergänzung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um drei Punkte.

Hierbei handele es sich um eine Auftragsvergabe zur Möblierung des II. Bauabschnitts, eine Grundstücksangelegenheit und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Prüfung der Notwendigkeit einer externen Kommunalberatung. Auch der Antrag solle im nichtöffentlichen Teil besprochen werden, da eventuell über konkrete Auftragssummen gesprochen werden müsse.

Stadtverordneter Benden zeigte sich erstaunt, dass der Antrag so verstanden worden sei. Schon heute über konkrete Zahlen zu reden, sei gar nicht beabsichtigt. Zunächst solle sich die Politik grundsätzlich für oder gegen eine externe Kommunalberatung aussprechen. Diese Diskussion sei auch im Interesse der Öffentlichkeit. Daher schlage er vor, den Punkt in den öffentlichen Teil aufzunehmen und die Bezifferung von Zahlen im nichtöffentlichen Teil abzuhandeln.

Bürgermeister Fiedler modifizierte den Ergänzungsvorschlag entsprechend; der Rat stimmte zu, die Tagesordnung um einen zusätzlichen Punkt im öffentlichen Teil und zwei Punkte im nichtöffentlichen Teil zu ergänzen.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die Verwaltung die Form der Beschlussvorschläge in Rats- und Ausschussvorlagen vereinheitlicht habe. Man finde jetzt sowohl in Ausschussvorlagen, die in Beschlüsse münden, welche zur Entscheidung an den Rat weitergegeben würden als auch in den Ratsvorlagen den gleichen Wortlaut des Beschlussvorschlags. In der Vergangenheit habe es immer unterschiedliche Arten und Weisen der Formulierung gegeben. Dies werde jetzt vereinheitlicht. Damit werde größere Transparenz und eine homogene Bedienbarkeit des Ratsprogramms „Session“ gewährleistet.
- b) Er teilte weiter mit, dass die offizielle Eröffnung des II. Bauabschnitts zum 1. Oktober erfolge. Wenn möglich, werde die Straße für den Verkehr früher freigegeben. Die Herbstkirmes finde vom 7. – 10. Oktober statt. Die Verwaltung plane eine relativ unaufwändige Eröffnungsfeier am 1. Oktober. Sie unterstützte den AK und den Einzelhandel aber mit einer Anzeigenseite, die im Kreis Heinsberg, der Städteregion und dem Kreis Düren erscheinen solle. Der Aktionskreis plane für die Zeit vor dem 1. Ok-

tober eine zusätzliche Aktion in der Innenstadt, um potenzielle Kunden auf die neue Attraktivität der Innenstadt hinzuweisen, so dass von Mitte September bis zum 10. Oktober Geilenkirchen eine hohe Sichtbarkeit in der öffentlichen Wahrnehmung bekommen werde.

- c) Man habe der Presse entnehmen können, dass das Weinfest vom 02. – 4. September vom Friedlandplatz auf den Markt verlegt worden sei. Der AK habe bereits seit längerem Verträge mit 35 Ausstellern. Eine Besprechung zwischen AK und dem Ordnungsamt habe ergeben, dass mit dieser Zahl von Standbetreibern die Sicherheitsvorschriften auf dem Friedlandplatz nicht einzuhalten wären. Ein Ausweichen einer Teilmenge von Ausstellern in die Gerbergasse hätten diese nicht mitgemacht, da die räumliche Trennung vom Hauptteil des Fests als deutliche Verschlechterung der Einkommensmöglichkeiten betrachtet worden wäre. Die Entscheidung zur Verlegung auf den Marktplatz sei einmütig gefallen. Die Grundproblematik liege in der Einhaltung einer Distanz von 3 m von Garküchen oder anderen Gas- oder Feuerstellen von Gebäuden.
- d) Letztlich teilte er noch mit, dass er vom 23. Juli bis 12. August in Urlaub sei. Seine Vertretung übernehme der I. Beigeordnete. Bei eventuellen Dringlichkeitsbeschlüssen werde er von einem der beiden stellvertretenden Bürgermeister vertreten.

TOP 2 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Bürgermeister Fiedler eröffnete den Tagesordnungspunkt und bat Frau Offermanns in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte ihre Tätigkeit vorzustellen.

Der Bericht und der Frauenförderplan sind in der **Anlage** beigefügt.

Stadtverordnete Kals-Deußen fragte nach, wie häufig Beratungsanfragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt würden. Zudem erkundigte sie sich, was genau ein „Eltern-Kind-Zimmer“ sei.

Frau Offermanns erläuterte, dass monatlich ein bis zwei Anfragen gestellt würden. Zum Eltern-Kind-Zimmer führte sie aus, dass es sich um ein Konzept handle, das bspw. bei der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen umgesetzt werde und das im Landesgleichstellungsgesetz formulierte Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstütze. Wenn bspw. ein Kind in der Familie erkrankte und kein Babysitter gefunden werde, hätten Vater oder Mutter die Möglichkeit, das Kind für einen bestimmten Zeitraum, z.B. bis zum bevorstehenden Arzttermin, bei dem sowohl das Kind als auch die Eltern zur Pflege des Kindes krankgeschrieben werden würden, mit in die Dienststelle nehmen könnten. In einem eigens eingerichteten Raum könnte das Elternteil seiner Tätigkeit nachgehen und das Kind könnte sich mit Spielsachen beschäftigen. Diese Regelung würde für alle Parteien eine win-win-Situation herstellen. Die Übertragung dieses Konzepts auf die Stadtverwaltung werde derzeit geprüft.

Stadtverordneter Benden fragte in Bezug auf die möglichen Maßnahmen, die in der Präsentation erwähnt worden seien, ob diese schon eingeführt worden seien, gerade umgesetzt würden oder noch ferne Zukunftsmusik seien.

Frau Offermanns antwortete, dass der Sachstand der Umsetzung von Maßnahme zu Maßnahme verschieden sei. Dinge wie das Eltern-Kind-Zimmer oder gezieltes Coaching seien noch nicht eingeführt worden. Dahingegen arbeite die Stadt seit Jahren daran, möglichst individuelle und flexible Arbeitszeitmodelle für Teilzeitbeschäftigte anzubieten. Teilzeitarbeit in Führungspositionen müsse dann auch von Fall zu Fall entschieden werden.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass die Stadtverwaltung derzeit Schulungen für ihre Führungskräfte durchführe. Die erste Schulungsrunde sei bereits durchlaufen und für die zweite Runde seien insbesondere weibliche Mitarbeiter im Fokus.

TOP 3 Änderungsantrag zum Haushalt 2011 und zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Geilenkirchen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 490/2011

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass der im Antrag genannte Ansatz in der heute zu verabschiedenden Fassung des Haushalts schon nicht mehr enthalten sei. Der Kämmerer habe dies ebenfalls noch einmal bestätigt.

Stadtverordneter Benden entgegnete, dass die neuen Ansätze im Haushalt nach wie vor nicht den Forderungen des Antrags entsprächen. In der Finanzplanung sei vorgesehen, dass die Zuweisungen an das Gymnasium jährlich um rund 5.000 € steigen würden. Das ergebe bis zum Jahr 2019 eine Steigerung von 45.000 €. Seiner Fraktion gehe es aber um eine Verringerung der Kosten von insgesamt 10 %. Bereits durch die Mittel aus dem Konjunkturpaket II habe das Gymnasium rund 700.000 € zur energetischen Sanierung erhalten. Dadurch würden die Betriebskosten verringert und die Schule hätte noch mehr Geld zur Verfügung. Dass dies nicht berücksichtigt werde, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Er plädiere nach wie vor dafür, eine Maximalförderung in Höhe von 117.000 € für die kommenden Jahre festzulegen.

Stadtverordneter Wolff warf ein, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Es habe eine Senkung von 5 % stattgefunden und die Schule sei somit auch von Kürzungen betroffen. Natürlich habe die Schule Mittel aus dem Konjunkturprogramm erhalten, was aber nichts an den Zuweisungen für die Schule ändern sollte. Im gesamten Stadtgebiet profitiere man vom Gymnasium St. Ursula.

Stadtverordnete Frohn pflichtete bei, dass überall zu gleichen Teilen gespart werde und die Schule bereits von Sparmaßnahmen betroffen sei. Die Kürzungen könnten eventuell ein wenig durch Einsparungen bei den Betriebskosten aufgefangen werden. Nichtsdestotrotz habe die Schule ihr Kreuz schon jetzt zu tragen.

Stadtverordneter Mingers erläuterte, dass das Gymnasium vor Jahren nur getaufte Schülerinnen und Schüler aufgenommen habe. Wäre dies heute immer noch so, müsste die Stadt vielleicht angemessen reagieren. Grundsätzlich lehne er eine Kürzung von Bildungsausgaben aber ab.

Stadtverordneter Kravanja zeigte auf, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Natürlich sei das Gymnasium eine hervorragende Schule auf die man stolz sei. Trotzdem gebiete die problematische Haushaltssituation die Einbeziehung aller

Beteiligten in Sparmaßnahmen. Er halte eine weitere Kürzung von 5% angesichts der Einsparungen aufgrund der energetischen Sanierung aus dem Konjunkturpaket II für angemessen.

Stadtverordnete Kals-Deußen meinte, dass sie persönlich denke, dass die Einsparungen aufgrund der energetischen Sanierung bisher nicht genau beziffert worden seien. Sie halte die bisher eingeplanten Kürzungen in Höhe von 5% für ausreichend.

Stadtverordneter Benden verdeutlichte, dass nicht die Stadt sondern das Bistum Träger der Schule sei. Er plädiere nach wie vor dafür, die Zuschüsse auf einen Maximalbetrag zu beschränken. Durch die Einsparung von Wasser, Gas oder Öl würden hohe Beträge zustande kommen. Er kenne keine Schule, die derart bezuschusst werde. Auch die Schulen in Trägerschaft des Bistums im Raum Aachen würden ohne städtische Förderung gut über die Runden kommen.

Bürgermeister Fiedler gab zu Bedenken, dass in Aachen neben dem in Rede stehenden Gymnasium des Bistums noch sieben oder acht andere Gymnasien gewählt werden könnten. In Geilenkirchen bestehe diese Art der Selektionsmöglichkeit nicht. Wäre St. Ursula ein städtisches Haus würde die Diskussion überhaupt nicht geführt, da in dem Fall alle Kosten durch die Stadt getragen werden müssten.

Stadtverordneter Wolff stimmte zu, dass es kostenmäßig positiv für die Stadt sei, wenn das Bistum Träger der Schule sei. In eigener Trägerschaft wären die Kosten für die Stadt wesentlich höher. Er sei für die Unterstützung der Schule vor Ort.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 12 |
| Nein: | 23 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 4 Vorlage und Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2011 Vorlage: 481/2011

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses schon mehrfach Stellung zum Haushalt genommen worden sei. Vor diesem Hintergrund gehe er davon aus, dass der Beratungsbedarf nicht mehr so hoch sei.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er bei seiner Meinung bleibe, dass sich mit Ausnahme des Bereiches Jugendamt – und darauf komme er noch zu sprechen – keine nennenswerten Änderungen durch die Ablehnung des ersten Haushaltsentwurfes im April ergeben hätten.

Das jetzige Ergebnis hätte auch schon im April erreicht werden können, wenn auch hier in Geilenkirchen erkannt werden würde, dass es immer besser sei, miteinander zu reden und aufeinander zuzugehen, anstatt in endlosen und unnötigen Grabenkämpfen zu verharren und sich damit gegenseitig, vor allem aber auch der Stadt zu schaden.

Seine Fraktion werde dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Aber aufgrund der aus ihrer Sicht falschen Weichenstellung im Bereich des Jugendamtes könnten sie dies nur mit sehr schwerem Herzen tun.

Sie seien nach wie vor der Meinung, dass jeder falsch eingesparte Cent im Bereich des Jugendamtes in unverantwortbarer Weise zulasten der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Eltern gehe. Darüber hinaus würden der Stadt Geilenkirchen in Zukunft mehr Kosten verursacht als manch einer meine, heute einsparen zu können. Vor wenigen Wochen sei in der Geilenkirchener Zeitung zu lesen gewesen, Zitat:

“Jeden zweiten Tag wird ein Kind getötet, Tendenz steigend – 20 Prozent mehr als 2009 – Experten fordern eine Reform des Kinderschutzes“

Dies solle alle nachdenklich machen.

Und an dieser Stelle wolle er auch ganz deutlich sein Unverständnis über die Aussagen zu diesem Thema von Bürgermeister Thomas Fiedler zum Ausdruck bringen.

Wer, wie Bürgermeister Fiedler, mit seinen Aussagen im letzten Jugendhilfeausschuss suggerieren wolle, dass es ohne die Einsparungen im Jugendamt bis 2019 keinen ausgeglichenen Haushalt geben werde, ohne dabei den Menschen zu sagen, mit wie vielen Fragezeichen in allen Bereichen diese Finanzplanung bis 2019 versehen sei, der denke nicht in erster Linie mit sozialer Verantwortung an die Betroffenen.

Und, wer seiner Fraktion vorwerfe, sie würden eine Eichhörnchenpolitik betreiben, wie er es in der gleicher Sitzung getan habe, dem könne er nur sagen:

Eichhörnchen seien nicht die dümmsten Tiere, sie würden ausreichend Vorsorge für das Wohlergehen ihres Nachwuchses treffen, damit die Kleinen, insbesondere in schlechten Zeiten, nicht verhungern müssten.

Dies sollte ein Vorbild sein; unter anderem deshalb, damit es im nächsten Haushalt 2012 nicht die nächsten Einsparbegehrlichkeiten im Bereich Jugendamt gebe. Sie würden die Notwendigkeit sehen, für den Haushalt 2012 in Geilenkirchen wirklich alles auf den Prüfstand zu stellen.

Einen Anfang habe seine Fraktion mit dem Antrag auf Befassung mit der Frage einer externen Kommunalberatung bereits gemacht. In den nächsten Monaten müsse man sich mit diesem Thema intensiv beschäftigen.

Auch weitere Einsparungen im Energiebereich seien dringend notwendig und auch machbar.

Mit der Frage, ob man es sich auch in Zukunft leisten könne oder wolle, Geilenkirchener Hauptschülerinnen und -schüler weiterhin trotz aufwendigen Bustransports in den Nachbarkommunen beschulen zu lassen, müsse man sich stärker auseinandersetzen. Die GRÜNEN würden für alle Schülerinnen und Schüler ein Schulangebot in Geilenkirchen schaffen wollen.

Und zum Schluss würden die GRÜNEN die Geilenkirchener Bevölkerung für 2012 stärker in die Sparbemühungen einbinden wollen und deshalb rege man an, dass

man sich gemeinsam für einen Bürgerhaushalt stark mache. Geilenkirchen habe mündige Bürgerinnen und Bürger und man sollte diese Kompetenzen nutzen. Er würde gerne die Meinung der Anwesenden dazu hören und er würde sich freuen, wenn das Thema nach der Sommerpause ganz offen angegangen werde.

Stadtverordnete Frohn erklärte, dass sie wie vereinbart keine Haushaltsrede halten werde. Wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt, werde die FDP-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen. Natürlich sei der Wille zum Sparen notwendig, doch mehr sei im Moment nicht möglich. In ihrer Haushaltsrede im April habe sie auf notwendige Änderungen hingewiesen, die dem Sparwillen nicht entgegen stünden. So schlage sie vor, den IV. Bauabschnitt dem III. Bauabschnitt vorzuziehen. So würde ein einheitlicheres Bild in der Innenstadt geschaffen und der Kreisverkehr würde besser ergänzt.

Stadtverordneter Mingers führte aus, dass heiße Luft ja häufig angenehm sei. Den Beweis fände man bei dem vorgelegten Haushaltsplan in der Reduzierung des Fehlbetrags um 1,2 Millionen Euro. Kurz:

- 400.000 € weniger wegen einer veränderten Berechnung bei den Ansätzen des Jugendamtes
- 120.000 € weniger wegen eines Übertragungsfehlers
- 200.000 € weniger wegen der Auflösung von Sonderposten und der Anpassung von Abschreibungen
- 400.000 € Einkommenssteueranteil wegen der günstigen Konjunktorentwicklung

400.000 € „Konjunkturzulage“ ohne eigenes Zutun; hierüber freue sich jeder. Der Rest sei heiße Luft und dennoch eine politische Meisterleistung. Immerhin sei es der CDU-Fraktion gelungen, den Haushaltsfehlbetrag um 1,2 Millionen Euro zu senken. Wenn sich auch an der finanziellen Situation, mit Ausnahme der „Konjunkturzulage“ nichts geändert habe, so sehe man doch den politischen Erfolg an den teilweise aufgeschreckten Reaktionen einiger Ratsmitglieder.

Der Bürgermeister habe Recht gehabt, als er bei Einbringung des Haushalts festgestellt habe, dass die allgemeinen strukturellen Probleme in der nordrhein-westfälischen Gemeindefinanzierung und die Verletzung des Konnexitätsprinzips durch in den letzten Jahren immer stärkere Verlagerung von Sozialkosten vom Bund auf die Kommunen in Geilenkirchen zu einer desolaten Haushaltslage führe. Und ganz besonders habe der Bürgermeister Recht mit seiner Feststellung:

„Darin liege eigentlich das Skandalöse dieser Entwicklung. Da habe die Stadt stets sorgfältig gewirtschaftet und werde nun durch die Änderung des Bilanzierungssystems und durch eine für die kommunalen Finanzen strukturelle Schieflage auf Bundes- und Landesebene in zwei Jahren in die Haushaltssicherung geschickt [...]“

Er stimme dem Bürgermeister zu, dass die Stadtverordneten in diesem Haus nicht die wesentlichen Verursacher der Misere seien.

Dennoch: Haushalt seien die nackten Zahlen, die die konkrete Politik begründen würden. Darum sei noch einmal plakativ gesagt: eine Arbeitsteilung, die so aussehe, dass die Bundes- und Landesebene die Kommunalfinanzen ruiniere, und er durch

ein „Ja“ zu diesem Etat den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zumuten solle, dass die Schlaglöcher in den Straßen nun zum dritten Mal gekennzeichnet würden und noch immer nicht repariert würden, das trage er nicht mit.

Mit seinem „Nein“ zum Etatentwurf lehne er die dahinterstehende Politik ab, wissend, dass sie im Wesentlichen nicht auf städtischen Entscheidungen fuße.

Stadtverordneter Kravanja warf ein, dass er manchmal den Eindruck habe, dass manche unter Vergesslichkeit leiden würden. Er habe wie die Stadtverordnete Frohn auch keine Haushaltsrede vorbereitet. Seine Fraktion werde dem Haushalt wie bereits angekündigt zustimmen, wenngleich die Einsparungen beim Jugendamt einige Fragen aufgeworfen hätten. Die Verwaltung habe diese Fragen aber zu Genüge beantwortet, so dass seine Fraktion dem vorgelegten Haushalt zustimmen könne.

Stadtverordneter Hoffmann teilte mit, dass er eigentlich angekündigt habe, es heute bei fünf Sätzen zu belassen mit der Einschränkung, auf neue Entwicklungen zu reagieren. Diese Situation sei eingetreten. Die CDU habe die Katze aus dem Sack gelassen. Wie seine Fraktion bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorhergesagt habe: die CDU wolle die Reduzierung der Haushaltsansätze für das Jugendamt auf ihre Fahnen heften. „CDU sorgt für Einsparungen“ sei die Überschrift auf dem Flyer der CDU. Und weiter: Einsparungen seien beim Jugendamt unternommen worden. Sei nicht mit warmen Worten verkauft worden, dass die Entwicklung der Fallzahlen im Jugendamt es zulasse, den Kostenansatz entsprechend niedriger anzusetzen? Nein, die CDU habe ganz klar Einsparungen gefordert, also Kürzungen beim Jugendamt. Das habe seine Fraktion befürchtet und es schon in der letzten Sitzung als „durchsichtig“ benannt und deshalb ihre Zustimmung versagt. Dabei bleibe es auch heute. Trickserie, die als Einsparung verkauft werde, mache die SPD-Fraktion nicht mit. Sie stemme sich nicht generell gegen Haushaltskürzungen in der derzeitigen Haushaltsituation, aber das Jugendamt sei dafür denkbar ungeeignet.

Die neue Mehrheit wolle hier einen Haushalt erzwingen, den die SPD-Fraktion als „Planung ins Blaue“ brandmarke.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass die langen Reden zeigen würden, dass man umständliche aber nicht plausible Erklärungen für die Ablehnung des Haushalts suche. Er betonte, dass Kosteneinsparungen nicht automatisch mit Qualitätseinbußen einhergingen. Die Annahme „Hohe Kosten gleich hohe Qualität“ sei falsch. Im Geilenkirchener Jugendamt würden hoch engagierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten. Ende des Jahres habe man aber festgestellt, dass die durch das Jugendamt verursachten Kosten ein wenig aus dem Ruder gelaufen seien und die damalige Kreisumlage weit übersteigen. Aufgrund dessen habe über Einsparpotenziale nachgedacht werden müssen; die qualitative Arbeit bleibe hiervon aber unberührt. Er könne auch nicht erkennen, dass irgendjemandem Schaden zugefügt werde. Vielleicht könne man es nicht als Sieg der CDU betiteln, aber immerhin sei es seiner Fraktion gelungen, einen Haushalt aufzustellen, der die Stadt handlungsfähiger mache. Neben allen politischen Plänkeleien sollte dies durch die anderen Fraktionen anerkannt werden. Ein genehmigungsfähiger Haushalt liege vor und die CDU-Fraktion werde dem Entwurf zustimmen.

Stadtverordneter Eggert machte darauf aufmerksam, dass auf einem Flyer der CDU ein Druckfehler vorhanden sei und den Bürgerinnen und Bürgern damit suggeriert

werde, dass die CDU für Einsparungen in Höhe von mehreren Milliarden Euro verantwortlich sei. Dieser Fehler solle doch korrigiert werden.

Beschluss:

Die überarbeitete Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2011 wird in der überarbeiteten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 27 |
| Nein: | 8 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 5 Vorlage und Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Geilenkirchen für den Zeitraum 2011 bis 2019
Vorlage: 482/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich das Haushaltssicherungskonzept für den Zeitraum 2011 bis 2019 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 27 |
| Nein: | 8 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 6 Einzelhandelskonzept der Stadt Geilenkirchen

**Beschluss des Einzelhandelskonzeptes als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB
Vorlage: 462/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Geilenkirchen als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 7 Änderung der Bebauungspläne für die Gewerbegebiete Niederheid, Selka und Fürthenrode

Geltungsbereiche: Gewerbegebiete in der Ortslage Niederheid, zwischen B 221 und Landstraße

3.1. Beratung über die während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

3.2. Verabschiedung der Bebauungspläne als Satzung

- a.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30,**
- b.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42,**
- c.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65,**
- d.2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69,**
- e.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86,**
- f. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88,**
- g.1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96**

Vorlage: 463/2011

Stadtverordneter Melchers meldete sich zu Abstimmung 3.2 a) für befangen; Stadtverordneter Wolff zeigte seine Befangenheit zu den Punkten 3.2 d) und e) an und Stadtverordneter Paulus zum Punkt 3.2 f).

Beschlüsse:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde entsprechend der Vorschläge der Verwaltung abgewogen.

a) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

b) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

c) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

d) Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

e) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

f) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

g) Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 8 59. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen

Geltungsbereich: Fläche in südwestlicher Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, südwestlich der Sittarder Straße / Karl-Arnold-Straße (B 56 alt) und östlich der Umgehungsstraße (B 221/B 56 neu)
Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Planentwurfes und der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen zur Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und

**zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 460/2011**

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde gemäß dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen und der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung und die wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen zur Offenlage verabschiedet. Parallel zur Offenlage soll das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 9 Bebauungsplan Nr. 106 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in südwestlicher Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, südwestlich der Sittarder Straße / Karl-Arnold-Straße (B 56 alt) und östlich der Umgehungsstraße (B 221/B 56 neu)
Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Planentwurfes und der wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen zur Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 461/2011**

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde gemäß dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen und der Entwurf des Bebauungsplanes sowie die wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen zur Offenlage verabschiedet. Parallel zur Offenlage soll das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 10 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86
Vorlage: 433/2011**

Stadtverordneter Kravanja teile mit, dass seine Fraktion das Vorhaben generell unterstütze. Es werde aber das Problem gesehen, dass bei Umsetzung der Neuplanung zahlreiche Linksabbiegerströme auf der Hauptstraße aufeinander treffen würden und ein erhebliches Unfallpotenzial entstehe. Er fragte nach, ob in Anlehnung an die im Ausschuss geführte Diskussion in den Planungen mittlerweile ein Verbot zum Linksabbiegen vorgesehen sei.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass unter anderem ein neuer Kreisverkehr eingerichtet werde und das Betriebsgrundstück der Tankstelle von zwei Seiten erreichbar sei. Ein Linksabbiegeverbot sei bisher aber nicht vorgesehen.

Stadtverordneter Kravanja entgegnete, dass seine Fraktion in dem Fall die Planungen ablehne. Man werde den Planungen nur zustimmen, wenn das Linksabbiegen ausdrücklich untersagt werde.

Stadtverordneter Jansen ergänzte, dass nicht erst nach den ersten fünf Unfällen bauliche Änderungen vorgenommen werden sollten, sondern Gefahrenquellen von vornherein ausgeschlossen sein müssten.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete, dass eine solche Regelung natürlich angestrebt werden könne. Vorab sollte jedoch das Gespräch mit dem Betreiber gesucht werden. Die Baugenehmigung seitens der Stadt sei noch nicht erteilt. Es fehle noch die schriftliche Stellungnahme des Landesbetriebs für Straßenbau.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass er den Vorschlag der Freien Bürgerliste für vernünftig halte. Die Einrichtung eines weiteren Kreisverkehrs werde sicherlich einen positiven Einfluss auf das Gewerbegebiet haben und den Verkehr zukünftig zusätzlich lenken.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass man aus Richtung Wasserturm kommend Richtung Tankstelle rechts abbiegen müsse. Für die Nutzer der Tankanlage sei es besser und wegen der Fahrtrichtung der eingefahrenen Fahrzeuge, wenn die Abfahrt von der Tankstelle über den sowieso in Planung befindlichen Kreisverkehr erfolge. Er gehe zudem davon aus, dass die Straße durch den neuen Kreisverkehr ihren „Rasercharakter“ verliere.

Stadtverordnete Frohn teilte mit, dass in Aachen an der Trierer Straße an der Tankstelle eine ähnliche Situation herrsche. Dort sei das Linksabbiegen durch eine bauliche Maßnahme verhindert. Hier in Geilenkirchen sei ein Kreisverkehr sicherlich eine ideale Lösung.

Herr Jansen warf ein, dass die Genehmigung eine Ermessensentscheidung sei und der zu erlassende Verwaltungsakt mit Auflagen versehen werden könne. So könnte bspw. die Linksabbiegerspur mithilfe einer Auflage nur unter Vorbehalt genehmigt werden. Sollte sich aber zeigen, dass es innerhalb einer bestimmten Zeitspanne vermehrt zu Gefahrenlagen durch links abbiegende Fahrzeuge gekommen ist, könne die Linksabbiegerspur nachträglich ausgeschlossen werden.

I. Beigeordneter Hausmann machte darauf aufmerksam, dass die Fahrbahnmarkierungen entsprechend der Linksabbiegerlösung vorgenommen würden. Nachträgliche

Änderungen an Fahrbahnmarkierungen hätten häufig ein sehr unübersichtliches Bild zur Folge. Er schlage vor, die Angelegenheit mit dem Betreiber erneut zu besprechen und auch den Landesbetrieb für Straßenbau ins Bild zu setzen. Danach könne eine Entscheidung im Wege der Dringlichkeit getroffen werden, so dass die heutige Entscheidungsfindung zurück gestellt werde.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass der Einwand der Freien Bürgerliste von der Mehrheit des Rates geteilt werde. Daher sei die Entscheidungsfindung im Rat doch eindeutig. Aufgrund dessen halte er eine Vertagung der Entscheidung für nicht notwendig.

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 wird erteilt unter der Voraussetzung, dass ein Linksabbiegen aus dem Tankstellengrundstück auf die Gemeindestraße unterbunden wird.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 32 |
| Nein: | 2 |
| Enthaltung: | 1 |

- TOP 11 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen, zwischen den Straßen Am Weinberg, Scheidehecke und Prof.-Max-Wilms-Straße
Einleitung des Bauleitplanverfahrens (vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB)
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage und zur Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 451/2011**

Beschluss:

Die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB wurde beschlossen.

Der Entwurf der 1. Änderung wird zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie zur Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

- TOP 12 Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB für**

**die Errichtung einer Biogasanlage; Genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 4 BImSchG
Vorlage: 397/2011**

Stadtverordneter Hoffmann bemerkte, dass die Verwaltung in diesem Fall sehr bürgerfreundlich gehandelt habe. Immerhin habe der Antragsteller, in dessen Interesse die positive Beurteilung seines Vorhabens liege, erst nach geraumer Zeit die notwendigen Unterlagen eingereicht.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird für die Errichtung der Biogasanlage hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 13 Ergänzungssatzung der Stadt Geilenkirchen "Lindern, Winkelstraße"
Geltungsbereich: Fläche im Ortsteil Lindern, Winkelstraße
Beratung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Ergänzungssatzung
Vorlage: 456/2011**

Beschluss:

Die Ergänzungssatzung der Stadt Geilenkirchen „Lindern, Winkelstraße“ wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 14 Anfrage der Bundesanstalt für Immobilien zur Baureifmachung eines Grundstückes
Grundstück längs des Richtweges, Außenbereich zwischen Geltungsbereich der Klarstellungssatzung Niederheid und der Selfkantkaserne
Vorlage: 457/2011**

Beschluss:

Für die Teilfläche aus dem Grundstück Gemarkung Geilenkirchen, Flur 15, Flurstück 135 wird keine Bauleitplanung betrieben.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 15 Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über das Friedhofs- und Bestattungswesen
Vorlage: 483/2011**

Stadtverordneter Hoffmann fragte nach, ob die Gerüchte stimmen, dass die Kirchengemeinde mit der Art der Kolumbarien nicht einverstanden gewesen sei.

I. Beigeordneter Hausmann entgegnete, dass ihm das nicht bekannt sei. Im Gegenteil sei die Art der Umsetzung in Zusammenhang mit dem Bau der Aufbahrungshalle von der Kirchengemeinde vorgeschlagen worden. Das einzige Problem habe die Beschriftung der Kolumbarien dargestellt, das aber auch gelöst werden konnte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, § 15 Buchstabe b) Abs. 3 und 4 der Satzung der Stadt Geilenkirchen für das Friedhofs- und Bestattungswesen wie in der Änderungssatzung aufgeführt entsprechend zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 16 Nochmalige Beratung und Beschlussvorschlag über die Sanierung bzw. den Abbau der Wirtschaftswegebücke an der DB-Strecke bei Müllendorf
Vorlage: 441/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig die Sperrung der Wirtschaftswegebücke.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |

| | |
|-------------|---|
| Enthaltung: | 0 |
|-------------|---|

TOP 17 Benennung eines landwirtschaftlichen Betriebsgrundstückes
Vorlage: 448/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, dem landwirtschaftlichen Betrieb des Herrn Peter Mertens an der K6 zwischen Lindern und Gereonsweiler den Namen „Steinkauler Hof“ zu geben.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 18 Auswahl der Straßenbäume für den II. Bauabschnitt der Konrad-Adenauer-Straße
Vorlage: 491/2011

Stadtverordnete Frohn erklärte, dass sie den Beschlussvorschlag zu diesem Punkt seltsam finde. Im zweiten Satz werde der Firma schon der Auftrag erteilt, obwohl über die Kostensituation noch nicht geredet worden sei. Sie schlage vor, den zweiten Satz aus dem Beschlussvorschlag zu streichen und darüber im nichtöffentlichen Teil zu entscheiden.

I. Beigeordneter Hausmann erläuterte, dass die Firma Lappen das mit Abstand günstigste Angebot unterbreitet habe. Dem Wunsch der Stadtverordneten könne jedoch Folge geleistet werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss, im II. Bauabschnitt auf der Konrad-Adenauer-Straße kastenförmig geschnittene Hainbuchen zu pflanzen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 29 |
| Nein: | 4 |
| Enthaltung: | 2 |

TOP 19 Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Immendorf
Vorlage: 322/2010

Beschluss:

Dem Betreuungsverein der Katholischen Grundschule Immendorf wird ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 5.000 € für den Betrieb der zusätzlichen Betreuungsgruppe gewährt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 20 Beratung über die Bestellung eines/einer Seniorenvertreters/-vertreterin im Ausschuss für Bildung und Soziales
Vorlage: 485/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, einen zusätzlichen Sitz für eine sachkundige Einwohnerin bzw. einen sachkundigen Einwohner im Ausschuss für Bildung und Soziales zu schaffen. Das Ausschussmitglied soll antragsberechtigt sein.

Zudem ernannte der Rat der Stadt Geilenkirchen Frau Renate Schlegel als Seniorenvertreterin und Frau Marianne Horn als deren Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beauftragung einer externen Kommunalberatung

Stadtverordneter Benden erläuterte, dass die Einreichung des Antrags im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt worden sei. Momentan werde an vielen Kleinigkeiten gespart. Es sollten jedoch auch die großen Ausgabepositionen wie die Personalkosten, die 22 % der städtischen Ausgaben ausmachen, in den Blick genommen werden. Um möglichst neutral an die Sache heranzugehen, sei der Einsatz einer externen Firma empfehlenswert. Natürlich sollte auch beachtet werden, dass die möglichen Einsparungen im Verhältnis zu den Kosten für die Beratung stünden. Viele Kommunen stünden sicherlich vor genau demselben Problem. Dieser Lösungsweg sei für Geilenkirchen seines Erachtens nicht falsch.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass er drei Dinge zu Bedenken gebe. Erstens werde die Vorlage eines Angebotes in der nächsten Sitzung des Rates im Oktober gewünscht. Dies bedeute, dass bereits für den Haupt- und Finanzausschuss als zuständigem Gremium im September eine Vorlage erstellt werden müsse. Angesichts der Arbeit, die sowohl auf die externe Firma als auch auf die Verwaltung zukomme, sei die angedachte Zeitspanne zu knapp bemessen.

Zweitens habe er als Kommunalbeamter bereits Erfahrungen mit derartigen Beratungsfirmen sammeln können. Seine persönliche Einschätzung werde er für sich behalten. Er erinnere sich in diesem Zusammenhang aber an ein humoriges Zitat des Kabarettisten Volker Pispers, der Berater als „Geißel der Menschheit“ bezeichnet habe. Zudem weise er darauf hin, dass bereits an der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2012 gearbeitet werde. Eine Beratung würde also parallel zu den Haushaltsplanungen laufen. Verwertbare Ergebnisse würden dann vermutlich erst in den Haushalt für 2013 einfließen.

Und drittens müssten die Berater finanziert werden, was angesichts der derzeitigen Haushaltslage nicht einfach sei. Pro Beratungstag müsse man mit 1.000 – 2.000 € rechnen, wobei der Beratungszeitraum weit mehr Zeit in Anspruch nehmen werde als zwei bis drei Tage. Es müsse also auch ganz klar die Frage beantwortet werden, wie ein externes Beratungsunternehmen finanziert werden solle und ob sich der Aufwand im Vergleich zu den eingesparten Kosten lohne. Er könne angesichts der kurzen Zeitspanne anbieten, für die Ratssitzung im Oktober eine mögliche Vorgehensweise in der Angelegenheit zu skizzieren.

Stadtverordneter Hoffmann warf ein, dass seine Fraktion dem Antrag der Grünen aufgrund des möglichen Kostenfaktors skeptisch gegenüber stehe. Letztendlich gehe es doch um die Frage, ob Personal reduziert werden könne. Und hier könne er nur an die Berichte der Gemeindeprüfungsanstalt erinnern, die die personelle Abdeckung in Geilenkirchen seit jeher an der unteren Schwelle sehen würde. Personalabbau sei bei der Stadtverwaltung vermutlich nicht zu vertreten.

Stadtverordneter Wolff erläuterte, dass die CDU Fraktion bereits in ihrer Haushaltsrede erwähnt habe, dass auch die Personalkosten als größte Ausgabe position der Stadt auf Einsparpotenzial untersucht werden müssten. Damals habe man für diesen Vorschlag noch Prügel bezogen. Natürlich müsse aber auch vermieden werden, dass die Sache in die falsche Richtung laufe. Der Kosten-Nutzen-Aspekt sollte hierbei immer im Vordergrund stehen. Sicherlich könnte die Verwaltung gerade in diesem Bereich im Rahmen einer konzentrierten Aktion mit eigenem Know-how bestimmte Bereiche auf Optimierung der Arbeitsabläufe untersuchen. Eventuell ließe sich auf diese Weise eine umfassende Beratung über zwei bis drei Jahre vermeiden. Man sei sich einig, dass keine drastischen Maßnahmen beim Personal möglich seien. Über verschiedene Dinge müsse aber nachgedacht werden und er stimme dem Bürgermeister zu, dass dies auch längere Zeit in Anspruch nehmen könne.

Stadtverordneter Mingers stellte fest, dass Personalkosten reduziert werden könnten, wenn die Arbeit, die heute von zwei Personen erledigt werde, morgen von einer Person gemacht werde. In diesem Fall würden aber vermutlich die Beihilfekosten in die Höhe schnellen, weil sich das Personal über kurz oder lang in Maria-Hilf behandeln lassen müsse. Er lehne die Sanierung des Haushalts auf Kosten des Personals der Stadt ab.

Stadtverordneter Hoffmann stimmte dem Stadtverordneten Wolff zu, dass die Verwaltung vielleicht prüfen solle inwieweit sie selbst eine interne Untersuchung durchführen könne.

Bürgermeister Fiedler erinnerte daran, dass aufgrund arbeitsrechtlicher und personalrechtlicher Vorschriften die Entlassung von Verwaltungspersonal sehr schwierig

bis unmöglich sei. Um diesen Umstand zu erkennen, seien keine Berater notwendig. Darüber hinaus versichere er, dass sich die einzelnen Abteilungen der Verwaltung schon längst über Effizienzsteigerung Gedanken machen würden, beispielsweise bei Punkten wie Energie- oder Fuhrparkmanagement.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass die ganze Diskussion schon zu konkret geworden sei. Ihm gehe es um die grundsätzliche Frage, ob eine externe Kommunalberatung beauftragt werden solle oder nicht. Natürlich seien alle an zufriedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung interessiert. Dennoch müsse man einen Weg in die richtige Richtung einschlagen. Daher erwarte er eine Vorlage der Verwaltung zum 19.10.2011 in der Ratssitzung.

Bürgermeister Fiedler wiederholte, dass die Verwaltung im Oktober eine mögliche Vorgehensweise in der Angelegenheit vorstellen könne; konkrete Angebote könnten vermutlich im November/Dezember vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Rat lehnte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf eine externe Kommunalberatung ab.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 4 |
| Nein: | 29 |
| Enthaltung: | 2 |

TOP 22 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Kappes erkundigte sich, ob es schon Fortschritte bei der Lösung des Problems mit den Krähen am Immendorfer Friedhof gebe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Verwaltung hier im Dialog mit weiteren Behörden stehe. Mögliche Auflagen seien bekannt, und man versuche in Absprache mit der unteren Landschaftsbehörde, die Nester im Herbst zu entfernen und andernorts wieder aufzuhängen.

- b) Stadtverordneter Kuhn fragte nach, ob der Bürgermeister im Herbst dieses Jahres erneut zusätzliche Container für Grünabfälle aufstellen lasse.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass er keinesfalls Container ohne Rücksprache mit dem Rat aufstellen lassen werde. Er habe die lebhafte Diskussion des vergangenen Jahres noch vor Augen.

- c) Stadtverordneter Hoffmann erkundigte sich nach den Öffnungszeiten des neuen Bürgerbüros.

Beigeordneter Brunen verlas die Öffnungszeiten wie folgt:

Mo.: 07:30 – 16:00 Uhr

Di.: 07:30 – 12:30 Uhr

Mi.: 07:30 – 16:00 Uhr

Do.: 07:30 – 18:00 Uhr

Fr.: 07:30 – 12:30 Uhr

jeden ersten Samstag im Monat von 09:30 – 12:30 Uhr

- d) Stadtverordneter Sybertz wies darauf hin, dass an der Kreuzung Richtung Siepenbusch kein Hinweisschild auf den neu ausgebauten Radweg vorhanden sei. Dies habe zur Folge, dass Radfahrer vermehrt die stark befahrene Straße benutzen würden. Er bat darum, dass die Stadt sich der Sache annehme.
- e) Stadtverordneter Jansen fragte nach, wann die Verschmälerung der Vogteistraße aufgehoben werde und wann die Wegebaukommission tage. In diesem Jahr habe noch kein Treffen stattgefunden.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass die Verwaltung im Gespräch mit der Firma ten Brinke sei und die Straße nach den Ausbesserungsarbeiten an der Mauer wieder frei gegeben werde. Die Wegebaukommission habe nicht mehr getagt, weil in den städtischen Gremien bereits beschlossen wurde, alle verfügbaren Mittel in die Ausbesserung der Winterschäden zu investieren. Ein diesbezüglicher Auftrag sei zwischenzeitlich erteilt worden.

- f) Stadtverordneter Kravanja fragte nach, wie der Ausbau des Sportlerheims in Teveren voran komme.

Stadtverordneter Paulus erläuterte, dass die Innenputz- und Estricharbeiten, die Deckenarbeiten und die Sanitärarbeiten beendet seien. Wann der Gesamtbau fertig gestellt werde, könne er aber leider noch nicht abschätzen.

- g) Stadtverordneter Paulus teilte mit, dass für den Schwertransport über die L42 in Teveren unter anderem zur Befestigung Platten auf Rasenflächen gelegt worden seien. Da diese Platten erst nach einiger Zeit entfernt worden seien, sind die Rasenflächen nun demoliert. Vielleicht könnte kurzfristig seitens der Stadt über eine Rekultivierung entschieden werden. Darüber hinaus regte Stadtverordneter Paulus an, auf den Grünstreifen vor dem Kreisverkehr auch für den Sommer bunte Blumen anzupflanzen. Bisher würden dort lediglich im Frühjahr Narzissen blühen.

Zudem wies Stadtverordneter Paulus darauf hin, dass der Wirtschaftsweg Richtung Bauchem von der Grundschule Teveren kommend nach Regenfällen aufgrund der enormen Pfützenbildung nicht passierbar sei. Vielleicht könne die Verwaltung hier Abhilfe schaffen.

- h) Stadtverordneter Schumacher fragte nach, ob es den Tatsachen entspräche, dass Bürgermeister Fiedler auf einer Einwohnerversammlung gesagt habe, dass der Ausbau der L364 in der Verbindung von Süggerath nach Geilenkirchen in 2012 begonnen werde.

Bürgermeister Fiedler bestätigte, dass er diese Information weitergegeben habe.

- i) Auf Hinweis des Stadtverordneten Graf stimmte Bürgermeister Fiedler zu, dass offenbar auch in den Sommermonaten das Wurmfenster in regelmäßigen Abständen gesäubert werden müsse.

TOP 23 Fragestunde für Einwohner

Herr Jöris aus Geilenkirchen-Nirm, Ortsvorsteher von Hoven, Kogenbroich, Kraudorf und Nirm, fragte nach, wann mit der Fertigstellung der Flutmulde in Kogenbroich gerechnet werden könne.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete, dass die Tiefbauarbeiten ausgeschrieben seien. Vermutlich könne mit dem Ausbau Anfang September bis Ende Oktober gerechnet werden.

Sitzung endet um: 19:49

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Offermanns